Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Gegründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Dönhoff (A 7) 3600—3665, Fernverkehr: Dönhoff 3686—3698. Telegramme: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheck-Konto: Berlin 660. Monatlich 3,90 M (einschl. 70 Pf. Zustellkosten oder 1,24 M Postgebühren), bei Postbestellung außerdem 72 Pf. Bestellgeld

Berlin

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsteil) Dr. Carl Misch, Berlin. Anzeigen-Preise: mm-Zeile 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

10 Pf • [Auswärts 15 Pf.] • Nr 105 — MITTWOCH, 2. MÄRZ 1932 — ABEND-AUSGABE

Anträge im Schultheiß-Prozeß

Staatsanwalt fordert 1½ Jahre Gefängnis für Katzenellenbogen

Im Schultheiß-Prozeß beantragte Oberstaatsanwalt Sturm folgende Strafen:

gegen den Generaldirektor Funke an Stelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von einem Monat eine Geldstrafe von 10 000 Mark sowie eine weitere Geldstrafe von nochmals 10 000 Mark wegen Bilanzverschleierung;

gegen Generaldirektor Kuhlmey eine Gefängnisstrafe von 2 Monaten und 10 000 Mark Geldstrafe wegen Bilanzverschleierung;

Gegen Dr. Sobernheim wegen Bilanzverschleierung 4 Monate Gefängnis und 10 000 Mark Geldstrafe,

gegen den Generaldirektor Penzlin wegen Bilanzverschleierung eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten und eine Geldstrafe von 10 000 Mark, wegen Prospektbetrugs eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten und 10 000 Mark Geldstrafe unter Zusammenziehung der Strafen auf 7 Monate Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe.

gegen Ludwig Katzenellenbogen wegen Bilanzverschleierung, handelsrechtlicher Untreue und Prospektbetrugs Gefängnisstrafen von 9 Monaten, 1 Jahr und 9 Monaten, sowie insgesamt 50 000 Mark Geldstrafe. Die Strafen gegen Katzenellenbogen beantragt der Oberstaatsanwalt zusammenzuziehen auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis und 50 000 Mark Geldstrafe unter Anrechnung der erlittenen Untersuchungshaft.

Siehe auch vierte Seite

Das trojanische Pferd

In der „Harzburger Front" war vom ersten Tag ab wenig Lieb und Treu und viel Falschheit dabei. Hugenberg betrachtete den Zusammenschluß als Mittel, um die Diktatur, die er mit Hilfe seiner damals noch gefüllten Kassen über seine Partei erlangt hatte, über das ganze Reich auszudehnen. Die Nationalsozialisten andererseits, die den innerpolitischen Kampf als einen Krieg auffassen, in dem jedes Mittel erlaubt ist, wollten nicht Pferd, sondern Reiter sein. Oder, um das Bild zu variieren: die Unterstützung bürgerlicher Gruppen sollte den Marsch zur Macht tarnen, so wie einst das trojanische Pferd in seinem Bauch das Verhängnis für die hohe Feste barg.

Die Feste ist nicht gefallen. Hugenberg und seine Stahlhelmtrabanten verdanken es nicht ihrer Prophetengabe, sondern dem von ihnen bekämpften „System" der Wachsamkeit und der Verantwortung, daß sie sich immerhin noch wehren können. Die Aufstellung Duesterbergs ist ein Versuch, im letzten Augenblick der Gefahr zu entgehen, von den nationalsozialistischen Kindern aus lauter Liebe aufgefressen zu werden. Der Kampf fällt den Stahlhelmern nicht leicht. Sie hätten rechtzeitig aus den Erfahrungen lernen sollen, die auf der linken Seite mit den Kommunisten gemacht wurden. Die Gruppen, die ihnen nachliefen, sind verschwunden. Die Sozialdemokraten aber, die den Kampf gegen den Linksradikalismus aufnahmen, haben sich trotz der Schwächung, die ihr Eintreten für die Staatsnotwendigkeiten in einer radikalisierten Zeit bedeutet, im großen und ganzen erfolgreich behauptet. Wie sieht es dagegen im Lager der bürgerlichen Rechten aus!

Was Hitlers Präsidentschafts-Kandidatur bedeutet, haben die Veröffentlichungen des Stahlhelms gezeigt. Die Nationalsozialisten haben ihren lieben Freunden ganz offen erklärt, der Stahlhelm habe nur die Wahl, sich in die überwiegend aus Arbeitslosen bestehenden Kampftruppen einzugliedern oder der Auflösung zu verfallen. Wer die Vorbilder Hitlers und seiner Trabanten kennt, — sie sind ja in allem und jedem dem Ausland geistig tributpflichtig — mußte wissen, daß unter einer nationalsozialistischen Parteidiktatur kein Raum für irgendeine Organisation wäre, die nicht vom „System" abhängt. Das hat offenbar den Stahlhelm nicht geniert, so lange nur Gewerkschaften und politische Parteien der Linken betroffen wurden. Daß es ihm selbst an den Kragen gehen würde, hat man nicht geglaubt, vielleicht weil man es nicht glauben wollte. Inzwischen ist die Aushöhlung der Rechtsverbände und Rechtsparteien soweit fortgeschritten, daß die Nationalsozialisten glauben, ohne Tarnung mit der offenen Brutalität auftreten zu können, die sie sich eigentlich für „den Tag" aufgespart hatten. Sie betrachten die Reste der Harzburger Front als quantité négligeable.

Selbstverschuldetes Schicksal, über das die großen Propheten sich auseinandersetzen mögen, die alles voraussehen und vorausgesehen haben, nur nicht, was um sie selbst vorging. Die Entscheidung fällt nicht an dieser Front. Was den Nationalsozialisten bisher den Weg zur Macht versperrt hat und weiter versperren wird, ist der Zusammenschluß der breiten Volksmassen mit den verantwortungsbewußten Kreisen des Bürgertums. Sie haben erkannt, daß die Ankündigung der Kandidatur Hitler die Ankündigung des Staatsstreiches bedeutet.

Der hervorragende Staatsrechtslehrer Carl Schmitt hat jüngst den Begriff der Legalität in einem volkstümlichen Vortrag zwingend beleuchtet. Er hat dem Reichspräsidenten innerhalb der deutschen Verfassung die Aufgabe zugewiesen, dafür zu sorgen, daß die regierende Partei ihre Macht nicht mißbraucht und daß die nichtregierende Partei die Möglichkeit hat, auch ihrerseits mit legalen Mitteln zur Macht zu gelangen. Es gibt im ganzen Deutschen Reich und auf dem ganzen Erdenrund keinen denkenden Menschen, der glaubt, daß der nationalsozialistische Parteichef — Führer und Werkzeug zugleich — als Reichspräsident diese überparteiliche Funktion zu erfüllen bereit wäre. Sein Propagandachef hat offen erklärt, man würfle um Sein oder Nichtsein. Ihre Versprechungen können sie nur machen, wenn sie entschlossen sind, im Fall des Erfolges jede Rechenschaftslegung abzulehnen und jede Opposition niederzuschlagen.

Das bedeutet bei der Stärke dieser Opposition Chaos und Selbstvernichtung. Im Jahre 1923 hat Hitler losgeschlagen, als höchste Gefahr für Rhein und Ruhr bestand. Stinnes hat damals, wie in unserer Stresemann-Veröffentlichung mitgeteilt wurde, nicht nur das Rheinland, sondern auch

Die Volksbewegung für Hindenburg

Wetteifer im Lande

Zwischen den einzelnen Provinzen und Städten ist eine Art Wettbewerb entstanden, um die Volkskandidatur Hindenburgs möglichst eindrucksvoll zu repräsentieren. Aus allen Teilen des Reiches gehen uns Mitteilungen über die Bildung örtlicher Ausschüsse zu, die ihren Ehrgeiz darin setzen, daß ihr Bezirk besonders gut abschneidet. Es ist unmöglich, alle diese Meldungen zu veröffentlichen. Bemerkenswert ist die Mitteilung, daß in Leipzig der frühere Reichsgerichtspräsident von Seckendorff den Ehrenvorsitz des Hindenburg-Ausschusses übernommen hat.

Neben diesen überparteilichen Ausschüssen wirken in ihrem Kreis die Parteien, die sich für die Wiederwahl Hindenburgs einsetzen, und zwar: die konservative Gruppe, die Bayrische Volkspartei, der Bayrische Bauern- und Mittelstandsbund, die Landvolk-Partei, die Wirtschaftspartei, die Deutsche Staatspartei, der Christlichsoziale Volksdienst, die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokratische Partei, das Zentrum, ferner die Eiserne Front, die Gesamtheit der Gewerkschaften aller Richtungen, die katholischen und evangelischen Arbeiterverbände, die Bauernvereine.

Noch nie ist in einer innerpolitischen Frage ein solches Zusammenwirken der Kräfte aus allen Lagern und allen Ständen erreicht worden.

Brüning im Wahlkampf

Am 11. März im Sportpalast

Das Reichskabinett, das heute vormittag wieder über eine Reihe aktueller wirtschaftspolitischer Fragen beriet, wird im Laufe dieser Woche die dringendsten gesetzgeberischen Arbeiten erledigen, da alle Mitglieder des Kabinetts den Wunsch haben, in der letzten Woche vor der Präsidentenwahl an der Wahlkampagne teilzunehmen.

Reichskanzler Dr. Brüning wird im Laufe der nächsten Woche in einer Reihe von Versammlungen im Reiche sprechen. Für den 11. März ist eine große Kundgebung des Hindenburgausschusses im Sportpalast vorgesehen, in der Brüning die Hauptrede hält.

Bierstreik vor dem Ende

Der Abbruch des Bierboykotts in Berlin, Hamburg und den anderen Orten, die den Streik geschlossen durchgeführt haben, steht aller Wahrscheinlichkeit nach bevor. Der geschäftsführende Ausschuß der Reichsorganisation der Gastwirte hat den Lokalverbänden geraten, mit Rücksicht auf die Bereitwilligkeit der Regierung, die Verhandlungen wiederaufzunehmen, sobald der Druck eines Boykotts genommen ist, die Streikbewegung vorläufig auszusetzen. Zu dieser Empfehlung müssen allerdings die lokalen Organisationen noch Stellung nehmen. Da die Ergänzungsverordnungen des Preiskommissars auch eine Aussetzung der Bierpreissenkung für die Zeit der Verhandlung zulassen — der Berliner Polizeipräsident hat von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht — so wird also praktisch auch im Reich die angeordnete Preisreduzierung vorläufig ohne Wirkung bleiben. Das ist ein Grund mehr für die Gastwirte, auf den Vermittlungsvorschlag des Verbandes einzugehen. Für den Fall, daß die Verhandlungen mit der Regierung scheitern, empfiehlt die Dachorganisation die Fortführung des Kampfes.

Dieser Beschluß des Verbandes, der als das Ergebnis der Bemühungen des Reichstagsabgeordneten Köster zu gelten hat, trägt zweifellos der Stimmung in beiden Lagern Rechnung. Die Verluste für die Gastwirte sind außerordentlich stark, der Schaden, den Reich und Gemeinden durch den Boykott erlitten haben, ist beträchtlich. Der Hamburger Streik hat sich nur noch dadurch gehalten, daß die Berliner Bewegung durch ihren stürmischen Beginn ein Uebergreifen auf das Reich in Aussicht stellte. Die Berliner Gastwirte haben nun zwar noch heute eine Erklärung herausgegeben, in der sie behaupten, ihren Boykott nicht deshalb aufgeben zu können, um zu Verhandlungsmöglichkeiten zu kommen. Die heutige Klärung der Situation wird jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach einen Umschwung bringen.

Nach dieser Entwicklung wird auch die Durchführung des vom Reichskartell des Mittelstandes angekündigten Lichtstreiks sehr zweifelhaft. Eine endgültige Entscheidung ist überhaupt noch nicht erfolgt. Man kann annehmen, daß das Ende des Bierboykotts auf die Stellungnahme des Kartells nicht ohne Einfluß sein wird.

Tschapei besetzt

Japanischer Erfolg

SCHANGHAI, 2. MÄRZ

Die fortgesetzten Angriffe der Japaner haben die Chinesen gezwungen, Tschapei aufzugeben. Die Räumung erfolgte unter Beschießung durch die japanische Artillerie. Die Chinesen ziehen sich jetzt nach der Nagiang-Bucht in der Nähe der Wusung-Forts zurück. Sie bereiten eine zweite Verteidigungslinie bei Sutschau, 50 Meilen westlich von Schanghai, vor, die schon jetzt das Ziel japanischer Flieger ist.

Wie jetzt offiziell bekanntgegeben wird, betragen die Verluste bei Schanghai auf japanischer Seite bis Sonntag 235 Tote und 1660 Verwundete. Davon sind 115 Matrosen getötet und 630 verwundet, 120 Soldaten getötet und 1030 verwundet.